

Deutschland.

Berlin, 30. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Amtsräther Hüeden zu Hildesheim die Schleife zum Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Jurist, Rechtsanwalt und Notar Schmidt die zu Beuthen O.S. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen ordentlichen Professor an der Universität zu Wien, Dr. Julius Zupiha, zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität hier selbst ernannt.

Der bisherige königliche Kreisbaumeister Gottfried Theodor Holle in Brilon ist zum königlichen Bau-Inspector ernannt und demselben die vacante Bau-Inspectorei zu Soest verliehen worden. Die bisherigen Baumeister Heinrich Löbe zu Perleberg und Paul Kunze zu Samter sind als königliche Kreisbaumeister in Perleberg resp. Samter angestellt worden.

Berlin, 30. August. [Se. Majestät der Kaiser und König] wohnten gestern von 7 Uhr früh ab dem Brigadier-Exerzitum auf dem Bornstedter Felde bei. Später empfing Se. Majestät den General der Infanterie und Gouverneur von Mag. v. Schmidt, nahmen militärische Meldungen entgegen, hörten die Vorträge des Chefs der Admiraltät, Generals von Stosch, und des Obersten von Haugwitz und begaben sich mittelst Extrazuges um 10 Uhr Abends von Schloss Babelsberg hierher.

Heute früh von 7 Uhr ab sahen Se. Majestät auf dem Tempelhofer Felde nach einander die 2. und 3. Garde-Infanterie-Brigade und die 3. Garde-Cavallerie-Brigade exerzieren, kehrten um 12 Uhr nach dem Palais zurück, hörten den Vortrag des Civil-Cabinets durch den Geheimen Regierungs-Rath Anders und empfingen den Substituten des General-Procurators bei den gemischten Gerichten in Egypten, von Wilmowitz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute bei dem Exerzitum auf dem Kreuzberge anwesend. Allerhöchst dieselbe besuchte später das Augusta-Hospital, das St. Hedwigs-Krankenhaus und Bethanien. — Ihre Majestät dinierte bei dem Fürsten Radziwill vor der Rückkehr nach Schloss Babelsberg.

[Se. Majestät der Kaiser und König] werden, den einmütigen Wunschen Se. Majestät des Königs von Sachsen und der Bürgerschaft der Stadt Leipzig entgegenkommend, am Dienstag, den 5. September, Berlin bereits um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags verlassen und um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr in Leipzig eintreffen. (Reichsanzeiger.)

= Berlin, 30. August. [Die Handelsverträge. — Die Eisenzollfrage. — Die Wahlen. — Die Patentgesetzgebung. — Manöver. — Zapfenstreich.] Die kürzlich gegebene Nachricht von dem Beginn der Verhandlungen über die Handelsverträge mit Österreich und Italien wird jetzt allseitig bestätigt. Die Vorarbeiten scheinen sich indeß etwas umfangreich zu gestalten. Der preußische Handelsminister hat die Gutachten der Handelskammern über den Vertrag mit Österreich eingefordert und im Finanzministerium schwelen gleichfalls Berathungen über eine Reihe von Gesichtspunkten, nach welchen Anträge an das Reichskanzleramt gerichtet werden sollen. In ähnlicher Weise werden in derselben Richtung Anträge aus Sachsen und Bayern erwartet. Dies Material wird dann erst im Reichskanzleramt zu einer Vorlage umgearbeitet werden, mit welcher sich der Bundesrat zu beschäftigen haben soll. Der Abschluß dieser Verträge wird eine Hauptaufgabe der nächsten Reichstagsessions sein. — Die zahlreich bei dem Reichskanzleramt eingelaufenen Eingaben, welche die Eisenzollfrage betreffen, werden dem Unternehmen nach Gegenstand einer besonderen Berathung in den Ausschüssen bieten, voraussichtlich zu dem Zwecke, und bei den unabsehbaren Verhandlungen des Reichstages über die bez. Petitionen, dem Bundesrat eine Handhabe zu geben, sich über seine grundsätzliche Stellung zu der wichtigen Frage zu äußern. Es macht sich immerhin auch in den maßgebenden Kreisen eine Strömung geltend, welche einer Verschiebung der Aufhebung der Eisenzölle geneigt ist; es darf indessen angenommen werden, daß der Bundesrat seine bisherige Stellung zu der Frage trotz allerdem aufrecht erhalten wird. — Die neueste „Provinzial-Correspondenz“ gibt die Übernahme der Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus als in der zweiten Hälfte des October zu erwarten. Von bestimmten Terminen, wie sie früher angegeben worden, spricht das offiziöse Organ nicht. Inzwischen sind namenlich auf dem Lande die Vorbereitungen zu den Wahlen, namenlich soweit es sich um Anlegung der Urwählerlisten handelt, bereits im vollen Gange. Die Wahlbewegung hält damit keineswegs gleichen Schritt, sie ist bisher recht eigentlich nur bezüglich der conservativen Partei in Fluss gekommen. — Die Enquête-Commission bezüglich der Patentgesetzgebung hat heute ihre zweite Sitzung unter Vorsitz des Ministerial-Directors Jacoby aus dem Handelsministerium gehalten. Über den Gang der Arbeiten wird vorläufig unter den Mitgliedern Stillschweigen beobachtet; auch die Angaben über die Stellung der Regierung zu den Hauptfragen werden uns als durchaus unzutreffend bezeichnet, da über diese Dinge eine Auseinanderstellung erst nach dem Ausfall des Enquête-Versfahrens zu erwarten ist. — In den Dispositionen der Manöver des Garde-Corps haben noch in letzter Stunde bedeutende Änderungen durch den unvorhergesehenen Zufall vorgenommen werden müssen, daß in mehreren Dörfern ansteckende Pferderkrankheiten aufgetreten sind, so daß diese Ortschaften außer Acht bleiben müssen. — Für den morgen hier abzuhaltenen Zapfenstreich werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um den Andrang des Publikums abzuhalten. Zur Absicherung der Straßen rückt ein ganzes Bataillon Infanterie mit Waffen aus. Die Beleuchtung für die 800 Musiker wird durch 200 Fackel- und 30 Laternenträger hergestellt werden. Die Dirigenten werden auf erhöhten Plätzen die Aufführung leiten.

[Dementi.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt der „Reichsanzeiger“: Die aus einem hiesigen Blatte in andere Zeitungen übergegangene Mitteilung, daß der General-Feldmarschall Graf Moltke den türkischen Ober-Befehlshaber Abdul Kerim Pascha wegen seines Feldzugsplanes beglückwünscht habe, beruht, wie wir zu erklären ermächtigt sind, lediglich auf Erfindung.

Was die gleichfalls durch die Tagespresse gemeldete Erkrankung des General-Feldmarschalls betrifft, so wird uns unter dem 29. d. M. aus Greiz mitgetheilt, daß derselbe sich bei Leitung der Übungskreise des Großen Generalstabes sehr heftig erkältet habe und in Folge dessen seit 2 Tagen das Bett hüten müsse. Derselbe befindet sich jedoch bereits in entschiederer Besserung und gedenkt in einigen Tagen die Übungskreise fortzuführen, spätestens aber am 5. September d. J. zur Begleitung Sr. Majestät des Kaisers und Königs bei den großen Manövern in Leipzig einzutreffen.

[Vorbereitungen für die Landtagswahlen.] Wie bereits telegemeldet, schreibt die „Prov. Corresp.“: Nach den vorläufigen Beschlüssen der Staatsregierung sind bekanntlich die Neuwahlen für das aufzulösende Abgeordnetenhaus in der zweiten Hälfte des Monats October zu erwarten. Unter Vorbehalt endgültiger Entscheidung über die Wahltermine sind die Provinzialbehörden angewiesen worden, die Vorbereitungen für die Neuwahlen sozeitig zu treffen, daß sowohl die Abgrenzung der Urwahlbezirke und die Aufstellung und Auslegung der Urwählerlisten, wie auch die Auflistung und Auslegung der Abtheilungslisten bis zur Mitte des Monats October beendet sein können.

— ch. Bon der sächsischen Grenze, 30. August. [Ovationen. — Minister-Wechsel. — Elbbrücke. — Sedanfeier. — Wahlen. — Bilse.] Während die Bevölkerung von Leipzig zu dem glänzenden Empfange des Kaisers die umfassendsten Vorbereitungen trifft und in der Überzeugung, daß das von ihr Gebotene etwas Ungewöhnliches ist, durch den König Albert den hohen Gast um eine Aenderung seiner Reisepositionen angehen läßt, damit die Ankunft nicht am Abend sondern am Tage erfolge, entschädigen sich die kleineren sächsischen Städte, denen die Ehre des kaiserlichen Besuches nicht zu Theil wird, mit Ovationen für Moltke, wenn er auf der Reise des Generalstabes sie berührt, um ihrer Reichsfreundlichkeit Ausdruck zu geben. In Lengenfeld, das Graf Moltke am 25. August berührte, hat ihn der Bürgermeister Heineck sogar als den „Schirmherrn Deutschlands“ begrüßt, was dem großen Strategen wohl zum ersten Mal passiert ist. Natürlich hat es an dem obligaten Fackelständchen auch nicht gefehlt. — Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Freiherrn von Friesen, der mit Bestimmtheit Anfang September erwartet wurde, wird sich abermals verzögern. Man nennt jetzt Ende September als den wahrscheinlichen Termin; als sein Nachfolger gilt der conservative Leipziger Kreis-Hauptmann von Körneritz, der als Schwiegersohn des Grafen Beust und als sehr eifriger Beamter eine doppelte Anwartschaft auf einen Ministerposten hat. Jedenfalls wird der Nachfolger v. Friesen dem Kreise der sächsischen Beamten-Aristokratie entnommen, die seit Menschengedenken das Material zur Besetzung der höheren Beamtenstellen liefert. — Die Abtragung des stark beschädigten Strompfeilers der Riesaer Elbbrücke ist so rasch erfolgt und der Neubau der für die Interimsbrücke notwendigen Pfeiler so energisch in Angriff genommen, daß man die Hoffnung hegen darf, bereits im Laufe des nächsten Monats die Interimsbrücke fertig gestellt zu sehen. — Die Sedanfeier wird in diesem Jahre eine noch allgemeinere als früher werden. In Dresden beabsichtigt die Schützengilde, an diesem Tage ein großes Preisschießen zu veranstalten, bei dem zum ersten Male unter Belebung aller veralteten Regeln nach dem System des deutschen Schützenbundes geschossen werden soll, und welches das Vorspiel zu einem Ende September in Dresden stattfindenden sächsischen Preisschießen sämtlicher sächsischen Freibandschützvereine sein soll. Dagegen sprechen sich die weitverbreiteten „Dresdener Nachrichten“ — die kürzlich durch den Tod ihres Mitbegründers und Mitbesitzers Liepisch verloren haben — gegen eine besondere Sedanfeier aus, weil ein Culturvolk nicht jubeln könne an einem Tage, in welchem zahllose blutige Opfer fallen mußten, um den Sieg und die Befreiung zu erringen, und durch die Feier eines solchen Sieges die Kluft zwischen sich und den Nachbarvölkern nicht erweitern dürfe. Neben dies gehöre zu Volksfesten vor Allem eine wirklich glückliche Lage des Volkswohlstandes, und die sei jetzt nicht vorhanden. Das Blatt hält es deshalb für angemessen, den Aufwand, welchen das Sedanfest der Stadt verursachen würde, den Invaliden, den Wittwen und Waisen der gefallenen Helden zuzuwenden, den bedrängten Industriellen aber einen Geschäftstag, den fleißigen Arbeitern einen Lohntag, den Schülern einen Tag der Unterrichts zu erhalten. Wie aber auch die „Dresd. Nachrichten“ sich dem Einfluß der Volksstimme nicht ganz zu entziehen vermag, geht aus ihrem ferneren Vorschlage hervor, am 3. Septbr. als einem Sonntage, der ohnehin der Ruhe, der Sammlung und der Freude gewidmet sei, durch Flaggen und Kränze, Festgottesdienst und Schulfest an den Segen zu erinnern, der am 2. Septbr. 1870 über Deutschland gekommen sei. — In den bisher von Socialdemokraten vertretenen Wahlbezirken des Königreichs Sachsen werden große Anstrengungen gemacht werden, um die Socialisten zu verdrängen. Von den 23 sächsischen Abgeordneten gehören 7 der nationalliberalen, 6 der socialdemokratischen, 5 der freiconservativen, 3 der Fortschrittspartei an, und 2 haben sich keiner Fraktion angeschlossen. In Mittweida-Limbach, der bisher von dem Socialdemokraten Wahlteich vertreten war, hofft man die Stimmen der Liberalen und Conservativen aller Nuancen auf den Handelskammersekretär Dr. Gensel zu vereinen. In Chemnitz wird dem Socialdemokraten Moß Franz Dunker gegenüber als Kandidat auftreten, als conservativer Kandidat Regierungsrath Böttcher in Chemnitz. In Zwickau tritt der Vorsteher des Dresdener Gewerbevereins, eine im Lande sehr populäre Persönlichkeit, A. Walther, gegen Motller als Kandidat der Conservativen und eines Theils der Liberalen auf. Es wird großer Rücksicht und festen Zusammensetzens bedürfen, um die Socialdemokraten aus ihren Sitzen zu verdrängen. — Muß-Director Bilse hat Sachsen Hauptstadt verlassen und ist nach Schlesien gereist, um dort seine Concerte zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins fortzusetzen — nicht aber, wie man annahm, seine künstlerische Thätigkeit dort zu beenden. Bei einem ihm und seiner Kapelle von dem Allgemeinen Musikerverein in Dresden veranstalteten Feste hat Meister Bilse die Erklärung abgegeben, daß er nicht daran denke, sich von der Direction zurückzuziehen. Es sei ihm vielmehr eine Lust, an der Spitze eines solchen Orchesters durch die Welt zu ziehen und so lange ihm seine Musiker treu zur Seite ständen und ihm Gott Kräfte schenke, werde er seinen Tactstock weiter schwingen. Da in der Presse das Gerücht von Bilse's Rücktritt weit verbreitet war, so wird diese Erklärung Bilse's von seinen Bewunderern mit Interesse vernommen werden.

St. Wendel, 25. August. [Der Marpinger Schwindel.] Die hiesige Bevölkerung verhält sich dem fortlaufenden Marpinger Schwindel und den Wunder-Berichten des Pastors Schneider gegenüber durchaus würdig, aber dennoch wird der Ruhm Marpingens hier weiter spielen. Alle Dienstboten, welche sich in ihrem Überglauen durch die Wunderberichte geistlicher Heilseher beihören ließen, gegen das polizeiliche Verbot die Gnadenquelle oder die betreffenden Waldbezirke von Marpingen — meist nächtlich — zu besuchen, werden hier in St. Wendel Gelegenheit haben, in außerordentlicher Gerichtszeit am 4. September einige weitere Wunder zu erfahren, die ihrem Geldbeutel schwerlich gefallen dürften. Die Angeklagten sind fast alle aus weiterer Entfernung, aus den Kreisen Saarlouis und Merzig je über 100.

Im Ganzen mögen über 300 Wallfahrer vorgeladen sein. Die polizeiliche Beaufsichtigung an der Wunderstelle ist eine sehr strenge. Die Gendarmerie hält bei Tage und bei Nacht die Wunderstelle in Marpingen besetzt und jeder, der den verbotenen Bezirk betritt, wird zur Bestrafung gezwungen. Diejenigen aber, welche sich über ihre Person nicht auszuweisen vermögen, wandern bis zur Feststellung ins hiesige Gefängnis; was vorgestern denn auch der Schöchin und einem Diener des streitbaren Bischofs von Mainz widerfahren ist. Sie mußten Kerkerlust atmen, bis sie von Mainz aus legitimirt wurden. Ob diese Leute wohl ohne Erlaubniß ihres „hochwürdigsten“ Herrn die Wunderreise gemacht haben? Sedenfalls können sie ihm erzählen, daß man hier keinen Spaß versteht, dem Betrugs mit Ernst und Strenge entgegentritt und allem religiösen Schändlichen Gaukelwerk den kräftigen Schuß entgegensezt, welchen die öffentliche Moral vom Staate fordert.

Frankfurt, 29. August. [Volksversammlung über den Socialdemokraten-Congress in Gotha.] Gestern Abend fand im „Tunnel“ eine ziemlich zahlreiche Volksversammlung statt, welcher auch Angehörige anderer Parteien, als der social-demokratischen anwohnten, da der Bericht über den Gothaer socialistischen Congress und ein Referat des diesseitigen Delegirten, Herrn Frohme, auf der Tagesordnung stand. Der Referent sprach zunächst über den Antrag, welcher von hier aus in Gotha gestellt worden und sich auf Herrn Sonnemann bezog. Er schilderte die dortigen Vorgänge, welche durch Zeitungs-Berichte, die jedoch sämtlich als „lückenhaft und entstellt“ bezeichnet wurden, hinsichtlich bekannt sind. Schafft wurde gerügt, daß einzelne Delegirte, wie z. B. Wahlteich, wie man allen Grund habe, anzunehmen, für die „Frankfurter Zeitung“ Berichte über die Congres-Verhandlungen erstatteten und sich dafür bezahlen ließen. Es sei dies ein Verstoß gegen das Prinzip und die Organisation; er, Redner, habe solches Ansinnen mit Entschiedenheit zurückgewiesen; zuerst müßten die eigenen Partei-Blätter kommen. Herr Sonnemann sei kein Social-Demokrat, auch kein Vertreter der Deutschen, ja nicht einmal ganz der Frankfurter Demokrat; mit ihm könne die socialistische Partei nicht zusammen gehen. Die Debatte war eine höchst erregte. Diejenigen, welche zu Beginn derselben verlangten, daß man erst über die Vorfälle auf dem Congresse verhandle, blieben in der Minorität. Ein Redner bemerkte, wenn die Führer Partei für Herrn Sonnemann nähmen, dann müsse man tabula rasa machen; einem Anderen schien eine gewisse andere Taktik mit im Spiele zu sein, wie zu Zeiten des Dr. Schweizer und der Gräfin Hasfeld. Ein Dritter beklagte, daß Bebel durch das von Herrn Sonnemann angenommene Darlehen in Abhängigkeit von demselben gekommen sei. Ein Vierter erklärte unter Beifall aus der Versammlung, daß die Socialdemokraten Frankfurts mit Herrn Sonnemann nicht geben könnten. Wenn Wahlteich sage, er rechne es sich zur Ehre, für die „Frankfurter Zeitung“ schreiben zu dürfen, so sei dies der Socialdemokratie ins Gesicht geschlagen und Wahlteich sei nur ein Handlanger Sonnemann's. Redner will den Beweis dafür bringen, daß Wahlteich ohne Sonnemann bei der Reichstags-Session gar nicht hätte existieren können. Bei den nächsten Reichstags-Wahlen heiße es wohl aufgepaßt, man folge keinem Kommando; für Sonnemann werde man nicht stimmen etc. Alle Redner erklärten sich gegen Sonnemann. Gegen Mitternacht wurde eine von Herrn Sabo vorgelegte Resolution folgenden Inhalts angenommen:

„Die Volksversammlung erklärt: die Berichte über den Gothaer Congress widersprechen sich zum Theil so sehr, daß ein allseitig begründetes Urtheil für jetzt nicht möglich ist. Die Frankfurter Socialisten, völlig bewußt der ersten Pflichten, die ihnen obliegen, vertagen ihr entscheidendes Votum über die Gothaer Vorgänge bis auf später, bis zu dem Er scheinen eines als wahrheitsgetreu festgestellten Congresprotolls. Es wird jedoch auf vielfachen Wunsch bemerkt, daß schon heute die Redner, die sich zur Sache selbst äußerten, vielfach die Handlungweise der Herren Liebnecht, Bebel und Wahlteich auf dem Gothaer Congress, wie sie nach dem Bericht des „Volksstaats“ selbst sich ergeben, entschieden ablehnen. Auch wird schon jetzt erklärt: die Frankfurter Wählerschaft ist Manns genug, um etwaiges Commando anderer einzelner Personen für die Wahlen unter allen Umständen zurückzuweisen. Die Wähler von Frankfurt und Umgegend werden jeder Zeit selbstständig und ihrer eigenen gewissenhaften Überzeugung gemäß zu handeln wissen. Die Frankfurter Socialisten erfüllen zugleich ihre zahlreichen auswärtigen Genossen, die mit ihnen in allen Punkten übereinstimmen, ihren Groß möglichst zu beherrschen und unbeirrt durch augenblickliche Errungen einzelner Personen die Einheit und die großen gemeinsamen Ziele der socialistischen Partei fest im Auge zu behalten.“ (Dr. J.)

Den Morgen des heutigen Tages füllten die Verhandlungen des engen und weiteren Ausschusses aus, die sich natürlich der Veröffentlichung entzogen. Anwesend waren ungefähr 60 Delegirte, als Teilnehmer an den Tagungen sind bis jetzt eingetragen 160 Gäste.

Die Verhandlungen im kleinen Saal des Museums eröffneten Nachmittags 3 Uhr vor dichtgedrängter Versammlung, die alrmäßig noch die Börse füllt. Oberbürgermeister Ohly von Darmstadt mit kurzer Begrüßungsrede. Die Theben, welche dem nun folgenden Referat des Oberstaatsanwalts Kieser von Mannheim, Landtagsabgeordneter, zu Grunde liegen, lauten:

1) Die evang.-protestantischen Kirchengemeinden, Provinzialkirchen, Landeskirchen von dem Staat als öffentlich-rechtliche Corporation anerkannt worden sind, haben eine natürliche Berechtigung, die zur Erfüllung ihrer kirchlichen Zwecke nötigen Steuern von ihren Mitgliedern zu verlangen, und einen Ansprud darauf, daß der Staat sie in der Ausübung der Steuererhebung unterstütze.

Dem Staat aber kommt es zu, zum Schutz der Bevölkerung und zur Wahrung der staatlichen und Gemeinde-Interessen die Bedingungen und Schranken festzulegen, unter denen er ein staatliches Zwangssteuerrecht bewahrt und seine Beteiligung bei der Steuererhebung gestaltet.

Ohne staatliche Verleihung giebt es kein staatliches Zwangssteuerrecht und keine staatliche Execution des Steuerbezugs.

2) Als Bedingungen, welche der Staat fordern muß, betrachten wir:

1) Die Forderung, daß die kirchliche Vertretung, welche eine Kirchenpflichtige ist, in entschiedener Mehrheit auf der freien Wahl der Kirchenpflichtigen beruhe,

2) die Forderung, daß diese Vertretung auch ein verfassungsmäßiges Recht der Mitwirkung oder Kontrolle habe, bis zur Verwendung der Steuern,

3) daß die Veranlagung der Steuer gerecht sei.

3) Als Schranke des Steuerrechts ist der Staat berechtigt, einen ausgleichenden Prozentsatz der Staats- und Gemeindesteuern als Maximum zu bestimmen, der nicht überschritten werden darf.

Kieser betont im Eingang seiner Rede die Unvollkommenheit der Organisation der evangelischen Kirche. In Sturm und Drang entstanden, in der Zeit der Kleinstaaterei geboren, fand sie weder Zeit noch Kraft, ihre Verfassung selbstständig auszubauen, sie wurde Staatskirche, dem Staat untergeordnet. Diese Verquidung kirchlicher und politischer Interessen schleppte sich bis in unser Jahrhundert hinein. Die Kraft und Würde der Kirche ist trotzdem nur gerettet worden durch den Ernst und die Selbstständigkeit des protestantischen Geistes, der im Volke lebte und der in unseren Tagen durch den Protestant-Verein in Fluss kam. Und es wäre eine der schlimm-

sten Calamitäten, wenn wir uns in einer Zeit, in welcher die katholische Kirche die mittelalterliche Verfassung bis ins Kleinste ausbaute, der Politik der Regierungen, d. h. lediglich subjektiv-politischem Einfluss uns beugen wollten. Denn der Protestantismus verlangt von seinen Mitgliedern die tiefste, innere Durchdringtheit von der Wahrheit, wie seine Helden, wie ein Luther, ein Schleiermacher hinlänglich zeigen, ein Geist, der, wo er lebt, stets einen neuen schöpferischen Hauch in die Kirche bringen wird.

Diesen schöpferischen Geist hat der Protestantismus auch in unserer Zeit bewahrt. Der Protestant-Verein hatte ein Verfassungsideal angestrebt und ist dies schon teilweise verwirklicht, das die Rechte der Gemeinden neu organisiert. Es ist unsere Aufgabe, dieselbe in dieser Richtung weiterzuführen und die Kirche wahrhaftig selbstständig zu machen, ihr die Mittel zu verschaffen, ein wahrhaft religiöses Volk groß zu ziehen. Noch ist in dieser Beziehung viel zu wenig gethan. Wir haben uns bis jetzt viel zu sehr von oben leiten lassen und blieb die große Masse noch viel zu gleichgültig.

Soll die Gemeinde verfassungsfähig werden, so müssen wir uns wieder der Hauptgrundlage des Protestantismus, der Rechtfertigung durch den Glauben und des allgemeinen Priestertums erinnern, die ehesten und tiefsten Wurzeln unserer Kraft, die Heimath unseres religiösen Bewußtseins. Die Glieder der Gemeinde müssen dem Geistlichen in erster Arbeit zur Seite treten. Der Kirchen-Gemeinde-Kath. soll nicht blos ein Zoll religiösen Stilllebens sein, sondern die kirchliche Vertretung muß die gleiche Bedeutung für das kirchliche Leben gewinnen, wie die politischen Corporationen für deren politisches. Wir müssen ferner lernen, über die engen Grenzen der Einzelgemeinden hinauszuholen, herauszutreten aus dem jämmerlichen Episcopatus des Einzel-Interesses und uns führen lernen, als Glieder eines großen Ganzen, das das christliche Heilswerk im Volle treibt, die Liebe nicht blos als leeres Phrasengelingen hat, sondern als heilige Kraft im Herzen trägt. Das ist dann eine Bevölkerung, aus welcher der Staat die größte Kraft zieht. (Bravo.) Ein solches Volk wird wahrhaft frei sein, frei von aller Servilität, und eine solche Kirche wird wieder an der Seite des Staates kämpfen für die höchsten Ideale der Menschheit. (Bravo.)

Das sind Verfassungsbetrachtungen und Ideale, welche freilich zeigen, wie weit wir noch in Wirklichkeit zurück sind. Die Aufhebung kirchlicher Standesbeamung &c. &c. ist freilich ein solches Zurückbleiben nicht. Im Gegebenen, es hat sich gerade durch sie in Baden gezeigt, daß hier noch mehr als anderswo ein guter Staat selbstständiger kirchlicher Gesinnung und Geistes ist. Aber eine Probe hat unsere Landeskirche zu bestehen mit der nothwendig werdenden Kirchensteuer. Auf die Dauer kann die Staatsunterstützung schon in Rücksicht auf die katholische Kirche nicht bleiben, welche dieselbe nicht annehmen, und das Gefühl der Gerechtigkeit verlangt, daß wir die katholische Bevölkerung zu Lasten für die evangelische Kirche auf die Dauer nicht anhalten. Die Überzeugung von der Nothwendigkeit solcher Verpflichtung hat nicht nur der Geistliche, sondern haben vor Allem die Weltlichen mit anzubahnen. Zunächst freilich soll die Freiwilligkeit angerufen werden, wo aber der Episcopatus vorwaltet, so hat die Gemeinschaft Zwang anzuwenden. Eine Gemeinschaft aber, welche diese Zumuthung nicht ertragen kann, wäre kirchlich banterott.

Wie weit aber darf die Kirche in Ausbringung der nothwendigen Mittel gehen? Das ist die Frage. Nach der Theorie des katholischen Bischofs wäre jedes Mitglied mit seinem ganzen Vermögen beizuziehen. Nach unserer Ansicht hat aber der Staat als die höchste Interessengemeinschaft die alleinige Steueroberhöheit. Der Staat allein kann daher der Kirche die Steuer-executive verleihen, aber der constitutionelle Staat nur einer Kirche, deren Vertretung in ihrer überwiegenden Mehrheit aus der freien Wahl der steuerzahrenden Mitglieder der Kirche hervorgegangen ist. Aber nicht eine Scheinvorstellung, wie sie zur Noth auch die katholische Kirche schaffen möchte, sondern eine wirkliche, dem Willen der Gemeinde entspringende. — Daneben tritt als leichter Gesichtspunkt die Befugniß des Staates, die Steuerbefreiung der Kirche zu limitieren. Dass dies nicht geschieh war für Hessen die Quelle der dortigen Verwirrungen. Es muß ein gewisser Procent der Staats- und Gemeindesteuer angenommen werden, damit das Maß nicht überstiegen werde und die Bevölkerung nicht zu sehr belastet werde. So die Sache der Bevölkerung klar gemacht, durch die Organe der Gemeinde die Steuer erhoben, werden sich nur wenig Nebengefälle finden.

Und machen wir dem Volk nur klar, daß diese Kirche mit ihrem Christenthum Verjüngungskraft genug besitzt auch für die Gegenwart, so wird sich im Volke sicher Spierrendigkeit genug finden. (Bravo).

Grünnern wir uns, schlieflich Redner, wie ein Schellenberg (Mannheim) &c. mit seinem Wirkeln eine ganze Gemeinde erfaßte, so ist klar, daß wenn man nur Ernst macht mit den heiligsten Überzeugungen, treu, wahr, stark, mutig, so werden wir dem Geistlichen Gelegenheit geben, rechte Diener der Kirche zu sein und der Gemeinde, sich wahrhaftig im Geist des Christenthums aufzubauen und das Volk in Süd und Nord wird nicht zurückbleiben, sondern mit Freuden nachkommen. (Allseitiges, lebhaftes Bravo.)

Nach Schluß der glänzenden Rede Kieser spricht der Präsident den Referenten den wärmsten Dank aus. Die Versammlung erhebt sich zum Beischen ihrer Bestimmung. Prof. Baumgarten (Hofrat) bemerkte, daß ein Laie gesprochen habe, der mit dem Salböl des allgemeinen Priestertums wirklich gesalbt sei; aber die Versammlung müsse seiner Begeisterung durch die That antworten, sie solle den Referenten bitten, seine Rede drücken zu lassen, damit sie als Flugblatt verbreitet werde (Beifall). Referent Kieser erklärt sich dazu bereit, soweit sein Gedächtnis reiche, seine Rede zu reproduzieren und zu dem bezeichneten Zwecke zu überlassen. Der Protestant-Verein müsse allen draußen rufen: „Helft Euch selbst in Euren wichtigsten Angelegenheiten!“ Der Präsident fragt, ob die Versammlung die Discussion der einzelnen Thesen oder Gesamtannahme wünsche. Prof. Räßiger (Breslau) erklärt, daß, was das Schönste in der Rede des Referenten gewesen, enthielten die Thesen nicht, die Förderung der Freiwilligkeit in der Kirche. Ein Zwang des Staates in Kirchensachen müsse das evangelische Gefühl auf das Tiefe verlehen; Redner wünscht daher, diesem Gedanken Ausdruck gegeben.

Die Versammlung beschließt, in eine Specialdebatte nicht einzutreten, welches Schröder (Worms) wünscht. Ohly erklärt, man habe im engeren Ausschluß die Sache reislich erwogen, und glaubte deshalb, es werde nicht nötig sein, in das Detail einzugehen. Auch Hauptpastor Hirsche (Hamburg) erklärt, daß die Zustimmung zu den Thesen ohne Debatte in ihrem Wortlaut ihm nicht möglich sei, er wünsche eine neue redactionelle Bearbeitung derselben, aus welchen namentlich Räßiger's Gesichtspunkte berücksichtigt würden. Referent Kieser beantragt, daß Freiwilligkeit allerdings auch für ihn sich als das Erste, was zu ver suchen sei, vor selbst verstehe, ehe man zum Zwange greife; der Protestantendekret habe jedoch nicht nötig, wie ein Vorredner wünscht, sich für das Recht, aus der Kirche auszutreten, zu engagieren; dies Recht sei vom politischen Gesichtspunkt aus berechtigt, der Protestantverein habe nur das religiöse ins Auge zu fassen. (Beifall.) Prof. Manchot (Bremen) wünschte einen einleitenden Satz, in welchem die Bevölkerung an die großen geistigen Wohlthaten der Reformation und die Pflicht der Danckbarkeit erinnert werde; nur die Freiwilligkeit, welche auf diesem Grunde gewachsen sei etwas Großes, nicht diejenige, welche, wie in Amerika, auch auf sehr unlauteren Motiven beruhe.

Dr. Spiegel (Osnabrück) dringt besonders auf Herbeiführung einer Repräsentation der Kirche in allen Landestümern, welche wirklich die Gemeinde repräsentire. Die Versammlung beschließt, die Thesen einer Commission zur Ergänzung zu übergeben und diese in Verbindung mit dem Vortrag zu veröffentlichen.

Strasburg, 24. Aug. [Das deutsche Schulwesen.] Immer mehr stellt es sich heraus, wie klug und weise die Regierung gehandelt hat, indem sie bei der Uebernahme unseres Ländchens die Reorganisation des Schulwesens nach deutschem Muster zu ihrer ersten und hauptsächlichsten Sorge mache und damit den das Franzosenthum über Bord werfenden Hebel an dem einzigen richtigen Angelpunkte, der Schule, einfalte. In Bezug auf die sonstige Verwaltung glauben die Franzosen, mithin auch unsere Reichsländer, uns Deutschen überlegen zu sein, daher die ewige unzufriedene Kritik, welcher wir in den einheimischen Blättern, dem Landes-Ausschuß und den Kreis- und Bezirkstagen, wie in Privatzirkeln über die Verwaltung begegnen. Vor dem neueingerichteten deutschen Schulwesen macht man jedoch — natürlich mit Ausnahme der Ultramontanen — achtungsvoll Front und erkennt dessen Leistungen offen und gerne an, wie man auch schon von jeher besonders in unserem Grenzland, wo die Ueberlegenheit der deutschen Volksbildung am empfindlichsten verspürt wurde, von hoher Achtung für die deutsche Schule durchdrungen war. Selbst die niederen Volkschichten sind bereits für die Schule gewonnen, was aus der verbürgten Thatsache hervorgeht, daß nur äußerst wenig Strafen wegen Schulversäumnissen mehr nötig sind. Das „Els. Journal“ schreibt: „Zwischen Schule und Haus herrscht das beste Einvernehmen und die Mittelschule weist eine Frequenz auf, wie man sie noch vor wenig

Jahren kaum hoffen konnte.“ Dieses „gute Einvernehmen“ zunächst zwischen „Schule und Haus“ wird und muß sich naturgemäß auch auf andere Verhältnisse und Beziehungen ausdehnen und man kann mit Sicherheit darauf zählen, daß die den jetzigen Schulen entwachsende Jugend einmal frei sein werde von jener politischen Sentimentalität, in welcher man sich heute größtentheils noch aus eingebildetem Schmerze und eingebildetem Heimweh nach dem „verlorenen Vaterlande“ gefällt.

(N. 3.)

Schweiz.

Zürich, 27. August. [Bischof Herzog. — Bischofliche Conferenz. — Ultramontanes in Tessin. — Die Naturforscher in Basel. — Falsche Speculation. — Zum Schuß gegen die Unverschämtheiten der Gastwirthe. — Zu Nessier's Leichenbegängnis. — Ein chinesischer Genfer. Die Gortschakoff-Attentäterin.] Die Einweihung des christlich-katholischen Bischofes Herzog soll am 10. September in Bonn stattfinden. Als derselbe von der Weigerung des Verwaltungsraths der Stadt Solothurn, zu diesem Zwecke einer der dortigen Kirchen einzutreten, Kenntnis erhielt, wandte er sich sofort an den deutschen Bischof Reinhard. — Im Collegium Mariahilf zu Schwyz fand, wie schon gemeldet, die jedes Jahr wiederkehrende Conferenz der schweizerischen Bischöfe statt, an welcher sich auch Bischof Dupanloup beteiligte; er hatte der schwarzen Muttergottes in Einsiedeln, welche noch mächtiger sein soll, als ihre weißen Schwestern, seinen Besuch gemacht. Auch ein sogenannter „Generalvicar von Genf“, dessen Name vorsichtiger Weise verborgen gehalten wurde, wohnte bei. Einige vermuteten, der ausgewiesene Mermillod, der sich jenen Titel annahm, sei selbst dagegen; aber der Bannbruch wäre ihm wohl schlecht bekommen. Andere rieten auf den Erfarrer Dunoyer; es scheint aber der Erfarrer Fleury, Rector des Instituts „Sacré Coeur“ in Genf, gewesen zu sein, vermutlich mit einer geheimen Würde in der römischen Hierarchie ausgestattet. — Die Tessiner Ultramontanen überschreiten jede anständige Grenze im Lügen. Da ihnen das liberale Lugano ein Dorn im Auge ist, so spiegelten sie neulich dem Landvolk vor, man werde in Lugano von den Liberalen mit Petroleum verbrannt, durchgeprügelt und auf jede Weise mishandelt; überdies sei dort die Cholera ausgebrochen und es seien schon viele dieser Krankheit erlegen. Und weil ja doch die Dummen nicht alle werden, fand die Mährer viele Gläubige, so daß richtig am nächsten Markttag fast gar keine Landleute erschienen und die Städter kein Gemüse hatten. — Die eidgenössische Staatskasse hat für die Wasserbeschädigten 641,934 Fr. eingenommen. — Die Naturforscher zu Basel schwelgten in fetten Vorträgen über die Thier- und Menschenentwicklung, die deutsche Expedition nach den Kerguelen-Inseln, die Gletscher, die Nebläufe u. s. — Wo sich der Gel wälzt, da muß er Haare lassen.“ So geht es auch den Gründern der falltenen Gesellschaft der Freiburger Eaux et Forêts. Ihr Prospect ließ nichts zu wünschen übrig; es floß darin von Milch und Honig. Die Waldungen sollten gegen 5 Mill. Fr. eintragen; man hatte aber den Holzbestand um 100 Prozent zu hoch aufs Papier gebracht. Darum ging nun eine Anzahl Obligationsinhaber den Herren Gründern zu Leibe. In Basel ist noch kein Rechtspruch erfolgt, in Zürich dagegen hat das Handelsgericht entschieden: die Bank in Winterthur muß solidarisch mit den Herren Kaufmann, La Roche und der Basler Handelsbank den Klägern 829,000 Fr. mit Zins bezahlen und fünschekstel der Prozeßkosten tragen. Vom Urteil des Handelsgerichts kann nicht appelliert werden. Unter diesen Umständen fühlen sich auch viele Actionäre ermutigt, den Gründern den Raub wieder abzujagen. — Da viele Fremde sich über Unverschämtheiten von Luzerner Gastwirthen beschweren, so hat sich eine Gesellschaft zusammengetan, welche die Namen solcher Gastwirthe an die große Zeitungsglocke hängen will. Das wird helfen. — Zur Bestattung Nessiers in Basel hatten sich viele Leidtragende, auch aus dem Elsaß und Paris, eingefunden; mehrere Redner widmeten dem Todten warme Worte der Anerkennung und Verehrung. — Die Genfer haben einen Chinesen zum Bürger bekommen; er ist Buchdrucker in Genf und jetzt Schweizer Bürger geworden. — Die Gortschakoff-Attentäterin erzählte in ihrer Druckschrift, daß der Warschauer Polizeichef Własow, weil sie ihm nicht zu Willen sein wollte, sie unglücklich gemacht habe, indem er sie ins Gefängnis warf und ihr großes Vermögen einzog; auch ihre Be schwerden beim Statthalter Berg und bei der Kaiserin hätten keinen Erfolg gehabt.

Italien.

Bologna. [Der Prozeß wegen der Fälschung der Wechsel Victor Emanuels] scheint, so schreibt man der „Weser-Ztg.“, eine durchaus andere Wendung nehmen zu wollen, als man nach den Ergebnissen der Voruntersuchung und den früheren Aussagen des Hauptangeklagten vermuten konnte, nach denen er Alles auf sich nahm und erklärte, daß er keine Complicen habe, während das Publum, An gesehens der großen Zahl der vorliegenden strafbaren Handlungen mit einer wahren Gier nach den Complicen suchte und die öffentliche Meinung, wenn sie auch den Angeklagten nicht für unschuldig hielt, ihn doch nicht für den alleinigen Schuldigen ansah. Freilich ist durch die bisherige Weigerung Mantegazza's, den von ihm als seinen Complicen, ja, als den Haupeschuldigen bezeichneten Vermittler aller Fälschungen zu nennen, der Stand der Sache nur noch verwickelter geworden. Der Angeklagte ließ sich über diese geheimnisvolle Persönlichkeit nur insoweit vernehmen, daß er sie zuerst in Paris und im Herbst 1874 in Mailand sah und für einen Agenten des Königlichen Hauses hielt. Im Juni 1875 sah er den Betreffenden in Florenz wieder, wohin er ihm einen schriftlichen Auftrag des Königs zum Abschluß eines Geschäfts brachte, von dem er, Mantegazza, dem Könige früher persönlich gesprochen haben will. Im October darauf sah er ihn in Turin wegen eines Geschäfts von 250,000 Frs. und dann im December in Rom zur Vollendung des verwegenen Beitrages. Im Februar dieses Jahres sei der Angeklagte plötzlich verschwunden und von Neapel nach Paris abgereist. Mantegazza besteht darauf, den Namen desselben nicht zu nennen. Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß ein Mann von Chre unter der furchtbaren Anklage, wie sie auf ihm laste, nicht zu dudern dürfe, entgegnete er, er wolle nicht den Denuncianten spielen und noch eine andere Familie unglücklich machen. Aus der Menge der interessanten Episoden, welche in den ersten Tagen zur Sprache kamen, theilen wir Folgendes mit: Der Präsident lenkte bei Größttheit der zweiten Sitzung die Aufmerksamkeit des Angeklagten wie der Geschworenen auf zwei Briefe, die der König angeblich unter dem 19. und 30. Junt 1875 an Mantegazza geschrieben haben soll und die beide in den italienischen Originalen, wie in französischer Übersetzung vorliegen. In der Hauptfache heißt es darin, daß Se. Majestät ein ihm von Mantegazza vorgelegtes Project zur Contrahierung einer Anleihe von 15 Millionen mit großer Befriedigung gelesen habe. Die Operation sollte sich an eine frühere anschließen, durch die bereits 10 Millionen aufgenommen wurden. Inzwischen ersuchte Se. Majestät den Mantegazza um einen Vorstoß auf das zu contrahirende Anlehen, den er durch Wechsel vorläufig decken wollte. Der Angeklagte verbreitete sich weitläufig über dieses Project, wie das fiktive Anlehen von 10 Mill., über das er mit dem Angeklagten in Unterhandlung gestan-

den. Der Angeklagte habe auch den Rath erheilt, in der Vollmacht wegen der Herbeischaffung einer Summe von 250,000 Fr. von der Idee des Anlehnens Ernährung zu thun, um desto leichter Geld zu erhalten. Das Anlehen von 10 Millionen sollte 1874 in London contrahirt werden, und hatte der König den Marchese Spinola in Neapel, einen seiner Kammerherrn, damit beauftragt, der die Sache jedoch dem Marchese Mantegazza übertrug. Die Unterhandlungen führten indessen nicht zum Ziele, und da die Civilliste inzwischen von der Sparkasse in Mailand geborgt hatte, kam Mantegazza auf die Idee, diese Schuld durch ein Anlehen von 15 Millionen zu tilgen. Der Angeklagte drang dagegen vorerst auf die Herbeischaffung von 250,000 Fr., da der Hof wegen der Ausgabe bei den Feierlichkeiten zu Ehren des deutschen Kaisers in Mailand dringend Geld brauche. Die beiden Unterhändler versprachen sich in Turin zu treffen, um sich dort die betreffenden Wechsel verabsolzen zu lassen. Als Mantegazza eintraf, erwartete ihn der Angeklagte schon am Bahnhof mit der Nachricht, er habe vom Cabinetvorsteher des Königs, Comm. Aghemo, einen Brief, der so gut wie eine Vollmacht sei. Mantegazza will schon damals hierin eine Ausflucht gesehen haben, nur um das Geschäft nicht hinauszuschieben. Die Frage des Präsidenten, ob Herr Aghemo persönlich an diesen Verhandlungen teilgenommen, wurde von Mantegazza verneint, letzterer will kurz darauf jedoch einen zweiten Brief Aghemo's durch den Angeklagten erhalten haben, der von fünf Wechselen je zu 1500 Fr. begleitet war. Das Datum war offen gelassen. Mantegazza versuchte sie alle auf einmal in London zu discontiren, allein der Discout war so hoch, daß nichts daraus wurde. Wenn der Prinz von Wales und der Herzog von Edinburg so und so viel bezahlten, schrieb man von London aus privat an Mantegazza, könne es der König von Italien nicht billiger verlangen. Die fünf Wechsel wurden durch Vermittelung von Advocaten und Mägeln in Bologna untergebracht, wobei die Vermittler selbstverständlich nicht leer ausgingen und für ihre Mühen viele tausend Francs zogen. In Bezug auf diese fünf Wechsel sei in Kürze noch eine andere interessante Enthüllung mitgetheilt. Eines Tages, erzählte der Angeklagte, habe ihn der Angeklagte benachrichtigt, daß Se. Majestät gegenwärtig die Operation, womit er sie beauftragt, nicht mehr nötig habe, jedoch genehmigen wolle, daß die fünf Wechsel zu ihren Gunsten in Umlauf bleiben sollen, indem er für sie fortlaufend Bürgschaft leiste, so daß sie unter sich darüber einig würden, wie sie die Papiere zu ihrem gemeinschaftlichen Besten am vortheilhaftesten discontiren könnten. Mit dem auf diese Weise gewonnenen Gelde sollten dann die in Florenz und London domicilierten anderen Wechsel des Königs und des Kronprinzen, deren Beträgen sie für sich behalten hatten, gedeckt werden. Diese Uebereinkunft kam brieftisch zu Stande, allein die betreffenden Briefe wurden bei der Haushaltung in der Wohnung Mantegazza's unter denselben mit Beschlag belegten Papieren nicht vorgefunden. Mit der Auffindung derselben würde man ja den Namen des Angeklagten entdeckt haben und das, meinte der Angeklagte, wäre etwas Schönes gewesen.

Frankreich.

Paris, 28. August. [Die Wahlen in Guingamp und Pontivy. — Mac Mahon in Chalons. — General Maurice. — Personalien. — Zur orientalischen Frage. — Thiers. — Fromentin +.] Das Ergebnis der beiden gestern vollzogenen Deputientenwahlen ist für die Republikaner nicht ungünstig. Im Bezirk von Guingamp (Nordküsten-Departement) wurde der republikanische Kandidat Huon mit 6334 Stimmen gewählt. Sein Gegner, der Klerico-Liberalist de Luinge, erhielt 5834 Stimmen. Bei den allgemeinen Wahlen im Februar hatte de Luinge, dessen Mandat bekanntlich später von der Kammer kassiert worden ist, 4718 Stimmen erhalten; Huon blieb damals mit 3860 und ein Bonapartist Alivier mit 3634 Stimmen im Hintertreffen. Bei der 14 Tage später stattfindenden Stichwahl fielen 6273 Stimmen auf de Luinge und 5946 auf Huon. In Guingamp gewinnen also die Republikaner einen Sitz. In Pontivy (Morbihan) wurde zwar abermals der ultramontane de Mun gewählt mit 9790 Stimmen gegen 9415, welche dem Republikaner Le Maguet zustießen; aber diese Mehrheit ist geringer als diejenige, welche ihm bei dem doppelten Wahlgange im Februar und März zu Theil wurde. Am 5. März hatte er 10,725, sein damaliger Gegner, der Bonapartist Abbé Cadoret dagegen 8755 St. Bemerkenswerth genug ist es, daß in Guingamp wie in Pontivy die Wähler, welche anfangs für einen Bonapartisten stimmten, schließlich in der Mehrzahl dem republikanischen Kandidaten ihre Stimmen gaben. Die parlamentarischen Ereignisse des Frühlings und Sommers sind diesem Resultate schwerlich fremd und der „Tempo“ hebt mit Recht hervor, daß die gemäßigte und verständige Politik der Linken selbst in den bisher durchaus reactionär gesinteten Departements immer mehr die öffentliche Meinung für die republikanische Verfassung gewinnt. In einigen Ortschaften des Bezirks von Pontivy scheint es bei der Wahl ziemlich heft hergegangen zu sein. In Baud wurden die Beigedenken des Bürgermeisters insultirt; die Ordnung ist jedoch schnell hergestellt worden. — Mac Mahon hat gestern Abend 4 Uhr seine Meile nach Chalons angetreten. In seiner Begleitung befinden sich seine Adjutanten, General d'Abzac und Oberst Broye, sowie der Delegirte des Kriegsministers, Generalstabs-Chef Gresley. In Meaur wurde der Marschall von den Militär-Behörden, in Epernay von dem Präfekten und den städtischen Behörden empfangen. Um 9½ Uhr kam er in Chalons an und fuhr nach Anhörung einer Begrüßungs-Rede des Bürgermeisters sofort nach dem Lager von Chalons weiter. Dort empfing ihn der General Donat. Heute früh wohnte er einem Artillerie- und Cavallerie-Mänuver bei. In seinem Gefolge bemerkte man unter anderen Generälen den Duc de Nemours. Heute Nachmittag mänuvert die Infanterie und Abends giebt der Marschall-Präsident den Generälen ein Diner. Auf morgen früh ist eine allgemeine Revue der Truppen angeordnet, worauf die Rückreise nach Paris erfolgen wird. Mac Mahon wird zur Hochzeit einer seiner Nichten hier erwartet. Die Reise nach Lyon ist offiziell für den 9. September angezeigt worden; der Präsident der Republik hat, wie es heißt, den Präfekten des Departements, die er besuchen wird, empfehlen lassen, keine unnötigen Ausgaben für seinen Empfang zu machen. Wie der „Français“ erfährt, soll bei allen diesjährigen Mänuvern ein anderes System folgen, als in den früheren Jahren. Man werde nämlich den commandirrenden Generälen größere Freiheit bei Anordnung der Übungen lassen. — Die Marschallin Mac Mahon wird bis Mitte September im Seebade Trouville aufzuhalten. — In Arras hat nach dem „XIX. Siècle“ der dort commandirrende General Maurice sich eine öffentliche clericale Kundgebung zu Schulen kommen lassen. — Bei einem großen Bankett, welches der Bischof von Arras dem dort versammelten Generalrat gab, sprach Maurice in einem Topte den Wunsch aus, daß der Senat den Beschuß der Kammer, durch welchen der Sold der Armeegesellschaften unterdrückt worden ist, wieder umstoßen möge. Einer der anwesenden republikanischen Deputirten Florent-Lefevre verneinte ihm diese Neuherzung als eine Unschicklichkeit. — Das gestrige Pariser Arbeiterbankett war stark besucht, aber nur ein Deputirter, Barodet, nahm an demselben Theil. Alle anderen Pariser Senators und Deputirten, Victor Hugo, Louis Blanc, die beiden Raspail u. s. w.

hatten sich brieslich entschuldigt. V. Hugo wird morgen im „Rappel“ einen Protest gegen die von den Türken in Bulgarien begangenen Grausamkeiten veröffentlich. Der Duc Decazes reist heut Abend nach Vichy ab. Die Ernennung de Salignac-Fénelon's zu seinem Cabinetschef ist definitiv. Der türkische Botschafter Sadick-Pascha hat eine mehrwöchentliche Kurreise nach Aix-les-Bains in Savoyen angetreten. Gontaut-Biron, der sich, wie gemeldet, nach dem Süden begibt, wurde gestern in einer Abschieds-Audienz von dem Marschall-Präsidenten empfangen. — Die Unsicherheit in Betreff der Kriegsergebnisse ist hier größer als jemals und die Nachrichten der Blätter stehen im schreitenden Widerspruch mit einander. Bei alledem bleibt die Hoffnung auf eine baldige wirksame Vermittelung seitens der Mächte vorherrschend. Im Gegensaß zu den Gerüchten, wonach die Türkei ein directes Gesuch Serbiens um Einstellung der Feindseligkeiten verlangt, wird der „Liberté“ aus Konstantinopel telegriphirt: „Die ottomantische Regierung hat die ersten Erfolge, welche ihr von den Gesandten der großen Mächte behufs Herstellung des Friedens gemacht worden, sehr gut aufgenommen. Es liegt aller Grund zur Hoffnung vor, daß diese Besprechungen einen günstigen Ausgang nehmen werden. Aber man glaubt hier, daß sie die innere Krise befehligen werden, da dem Sultan sein Gesundheitszustand nicht erlaubt, an den diplomatischen Unterhandlungen Theil zu nehmen.“ — Aus Duchy wird gemeldet, daß Thiers sich der besten Gesundheit erfreut. In den letzten Tagen ging hier das Gerücht von der Erkrankung des ehemaligen Präsidenten der Republik. — Der rühmlich bekannte Maler Eug. Fromentin ist auf einer Reise nach La Rochelle plötzlich in noch kräftigem Alter (er zählte 56 Jahre) gestorben.

Paris, 29. August. [Die „République française“ über die neueste Rede Moltke's. — Victor Hugo's neuestes Manifest. — Die Wahl in Pontivy. — Decazes. — Clericales.] Die „République française“ antwortet auf den Toast, welchen Graf Moltke in Chemnitz ausgebracht hat und worin er von dem friedlichen Wettkampf zwischen Deutschland und Frankreich spricht: „Unter allen Friedensversicherungen, sagt das Blatt Gambetta's, welche Europa von den autorisiertesten Staatsmännern ertheilt worden sind, wird diejenige des Herrn v. Moltke besonders beachtet werden. Es giebt in Frankreich Niemanden, der nicht wüßte, daß Herr v. Moltke, der Chef des großen Generalstabes der deutschen Armeen, alle seine Gedanken und alle seine Sorgfalt auf die Erhaltung und Vertheidigung des großen Staatskörpers richtet, zu dessen Gründung seine langen und umsichtigen Studien, seine vollendete Erfahrung in militärischen Dingen so viel beigetragen haben. Herr von Moltke spricht, wenn nicht vom Frieden, doch von friedlichen Kämpfen. Aber er versiert Frankreich nicht aus den Augen und er fordert Deutschland auf, mit Frankreich in dem Tournierfeld der Weltausstellung von 1878 zu ringen. Er wendet sich an die deutsche Intelligenz. Auch Frankreich wird diesen indirecten Aufruf an seinen Arbeitgeber, wie sein Genie der Erfindung und Vervollkommenung in der Industrie und den Künsten hören. Der französische Patriotismus ist aufgesordert, zu antworten. Zur Belebung und Kräftigung in unseren Anstrengungen dient uns nicht nur die Zuersticht auf Erhaltung des Friedens, sondern auch der stärkende Gedanke, daß die Welt nicht aufgehört hat, unserem Lande Gerechtigkeit zu erweisen und daß Frankreich unter der Fahne der Republik mehr denn jemals als die Nation betrachtet wird, welche den anderen Völkern als Wettkämpfer dienen muß.“ — Heute ist Victor Hugo's neuestes Manifest erschienen. Der Poet bleibt darin auf der Höhe seiner früheren politischen Conceptionen und er darf sich nicht wundern, wenn die bösen Jungen sagen, daß er die Erbschaft des seligen Gagno angreifen will. Es wird nötig, so beginnt er, die Aufmerksamkeit der europäischen Regierungen auf eine Thatache hinzuhalten, welche so winzig ist, daß die Regierungen sie nicht zu bemerken scheinen. Diese Thatache ist folgende: man ermordet ein Volk. Wo? In Europa. Hat diese That Zeugen? Einem Zeugen: die ganze Welt. Sehen die Regierungen dieselbe? Nein. Über den Nationen steht etwas, das unter ihnen ist: die Regierungen. In gewissen Augenblicken drängt sich dieser Widersinn hervor: die Civilisation ist in den Völkern, die Barbarei in den Regierungen. Ist diese Barbarei gewollt? Nein, sie ist einfach professionell. Was das menschliche Geschlecht weiß, das wissen die Regierungen nicht. Das liegt daran, daß die Regierungen nichts sehen durch ihre Kursichtigkeit, welche „Staatsräson“ heißt; das menschliche Geschlecht sieht die Dinge mit einem andern Auge, dem Gewissen, an.“ Hierauf schildert Victor Hugo sehr beredt die Grausamkeiten, welche von den Türken begangen worden sind und sagt weiter unter Anderem: „Nennen wir die Dinge bei ihrem Namen. Wenn man in einem Gehölz, dem Walde von Bondy oder dem Schwarzwald, einen Mann tödtet, so heißt das ein Verbrechen; wenn man in einem anderen Walde, der sogenannten Diplomatie, einen Volk mordet, so ist das auch ein Verbrechen. Ein größeres. Vermindert sich etwa das Verbrechen im Verhältniß seiner Ungeheuerlichkeit? Leider ist das ein altes Gesetz der Geschichte. Ermorde 6 Menschen, so bist du Tropmann; ermorde ihrer 600,000, so bist du Cäsar. Aber es ist Zeit, ein neues Gesetz auf das alte folgen zu lassen; so schwarz auch die Nacht sein mag, so muß doch der Horizont sich aufhellen. Ja, die Nacht ist schwarz; wir sind bei der Auferstehung der Geister. Nach dem Syllabus haben wir jetzt den Koran. Von einer Bibel zu anderem fraternisirt man; jungamus dextrors; hinter dem heiligen Stuhle richtet sich die hohe Pforte auf; man läßt uns die Wahl zwischen den Finsternissen; die Türkei sah, daß Rom uns sein Mittelalter anbot, sie hat uns das Ihrige angeboten. Daher die Dinge, die in Serbien geschehen. Wo wird man einhalten? wann wird das Martyrium dieser heldenmütigen kleinen Nation aufhören? Es ist Zeit, daß die Civilisation ein majestätisches Verbot, weiter zu gehen, hören lasse...“ Zum Schluß bezeichnet V. Hugo, wie billig, das Radikalmittel zur Hilfe: „Was in Serbien geschieht, beweist die Nothwendigkeit der Vereinigten Staaten von Europa. Den uneinigen Regierungen mögen die einigen Völker folgen. Machen wir den mörderischen Kaiserreichen ein Ende; legen wir dem Fanatismus und Despotismus den Maulkorb an. Zerbrechen wir die knechtischen Schwerter des Überglaubens und die Dogmen, welche den Säbel in der Faust haben. Kein Krieg mehr, kein Gemetzel und Blutvergießen mehr! Der freie Gedanke, der freie Austausch, die Brüderlichkeit! Ist der Friede denn so schwer? Die europäische Republik, der continentale Völkerbund — es gibt keine andere politische Wirklichkeit als diese... Alle Nationen verzweifeln, mit Paris als Hauptstadt, d. h. die Freiheit, welche das Licht zur Hauptstadt hat. Dies ist das Ziel, der Hafen. Gestern war das nur die Wahrheit, Dank den Herren Serbiens ist es heute zur Evidenz geworden. Die Denker haben längst ihren Beweis geliefert, heute liefern ihn die Mörder; die großen Geister haben ihn geliefert, jetzt liefern ihn die Ungeheuer. Die Zukunft ist ein Gott, der von Tigern gezogen wird.“ — Die Journale commentieren um die Wette das Ergebnis der Wahlen in Pontivy und Niegamp, und die Clericales können sich selber nicht verhehlen, daß ihr Sieg in Pontivy denn doch nur ein halber gewesen. So bemerkt das „Univers“: „Herr de Mun ist gewählt, aber wir ärgern nicht, zu sagen, daß wir auf eine stärkere Mehrheit zu seinen Gunsten zählten. Es ist offenbar, daß selbst die Bretagne von der

revolutionären Propaganda ergreift worden ist.“ Für die Freundschaft der Bonapartisten und Monarchisten ist jene Wahl nicht eben glückverheissend; natürlich machen es die letzteren der Partei des Kaiserreichs zum Vorwurf, daß die Wähler, welche Aufsangs für die bonapartistischen Candidaten gestimmt hatten, später zu den Republikanern übertraten. — In der letzten Zeit war mehrfach von einer Candidatur des Duc Decazes für den Senat die Rede. Der „Moniteur“ erklärt bestimmt, daß der Minister des Außenfern die Candidatur abgelehnt habe. — In Dijon halten heute die Professoren der katholischen Fakultät eine Versammlung unter dem Vorsitz des Pariser Erzbischofs Guibert. Sie wollen das Programm für das kommende Studienjahr festsetzen und zugleich über die Mittel berathen, eine medicinische Fakultät zu gründen.

Spanien.

Madrid, 25. August. [Die Leiche Prims soll exhumirt werden. — Zur Religionsfreiheit. — Marfori.] Die Hoffnungen der Moderados, schreibt man der „A. Z.“, halten mit ihren Aussichten gleichen Schritt. Der von Santander her wehende Wind wird immer stärker und droht ernstlich, an dem Gebäude des Herrn Canovas zu rütteln. Siegesgewiß versuchen die Organe der Reaction dem nach so vielen Stürmen einstweilen noch gleichgültigen Lande einen kleinen Vorgeschnack beizubringen von den Tagen, die seiner harren, wenn ihr wirklich die Macht zufallen sollte. Danach würde den Theilhabern an der Revolution von 1868 gerade kein angehme Loos blühen. Die Rache der erbitterten Moderados an den Lebenden dürfte keine Grenzen mehr kennen; aber auch die Toten sollen nicht leer ausgehen. Prim, der Urheber, Anstifter und Leiter der ganzen Bewegung, die in Cadiz begann und in Alcolea endigte, darf nicht mehr in der Basilica de Atocha unter den Helden Spaniens ruhen. Die sterbliche Hülle des Freimaurers, der Hand an das Werk Gonzalez Bravo's, des frommen Paters Claret und der göttelichfürchtigen Schwester Patrocinio legte, entweiht diesen heiligen Ort. Es ist an der Zeit, ihn von dort zu entfernen, wo er den Gläubigen, d. h. den Moderados, Aergernis giebt, und die Kirche von Atocha von Neuem zu weihen. So wollen es die Blätter der Männer, welche durch ihr unheilvolles Regiment den Sturz Isabella's II. herbeigeführt haben, dies aber nicht einsehen und seitdem weder etwas gelernt noch etwas vergessen haben. Die liberale Presse weiß natürlich ein solches Ansehen mit tiefer Entrüstung zurück; die ministerielle schweigt oder ist unentschieden. Sie giebt dadurch getreu den augenblicklichsten Gemüthszustand des Minister-Präsidenten wieder, welcher noch nicht zu einem festen Entschluß darüber gekommen ist, nach welcher Seite er sich neigen soll. Mit der conservativ-liberalen Partei ist nun einmal nicht zu regieren, in so fern als sich nur die liberalen Elemente derselben fügen, die conservativen aber ihre eigenen Wege gehen und Herrn Canovas auf seinem ohnehin beschwerlichen Pfad noch allenthalben Dornen säen. So hat z. B. der Unter-Gouverneur von Menorca, ein Herr Castanera, durch Befehl vom 19. d. der dortigen Zeitung „El Bien Publico“ untersagt, in ihre Spalten Anzeigen aufzunehmen, welche sich auf die Eröffnung von evangelischen Schulen beziehen, da derartige Kundmachungen durch Artikel 11 der Verfassung endgültig verboten seien. Das muß nun jedem, der im Congresse aus dem Munde des Minister-Präsidenten gehört hat, in wie freisinniger Art jener dunkle Paragraph ausgelegt werden soll, unbegreiflich vorkommen. Die Zeiten haben sich indessen seitdem geändert. Heute hält die Regierung die Maßregel des Unter-Gouverneurs von Menorca aufrecht und giebt darüber folgende Erklärung: „Auf der Halbinsel soll es in religiöser Beziehung genau wie seither gehalten werden, aber auf den Balearen ist das eben eine andere Sache. Es ist bekannt, daß England immer ein wachsames Auge auf diese Inselgruppe hat, um deren Besitz es Spanien bereitet. Unter dem Vorwande, das Evangelium zu verbreiten und Bibeln zu verkaufen, wird dort englische Politik getrieben, werden dort englische Sympathien importiert werden, und das können wir nicht dulden.“ (Eine Begründung, die fast noch unverschämter ist, als die verfassungswidrige Maßregel selbst.) An Bornändern fehlt es Herrn Canovas eben so wenig, wie an anscheinend triftigen Gründen, so oft es sich darum handelt, einen Schritt weiter nach rechts zu thun. Die unabhängige Presse läßt einen Schmerzensschrei ertönen, und damit hat es bis auf Weiteres sein Beenden. Gerade in diesem Falle mußte es sich jedoch auch in dem unionistischen Lager, wo es schon lange gährt, ein wenig regen. Das „Parlamento“ verlangt unumwunden, daß die Cortes in der nächsten Legislaturperiode durch ein Gesetz die Art und Weise, wie der Artikel 11 ausgelegt und gehandhabt werden soll, feststellen. Ueberhaupt wird die Opposition dieses Blattes, welches anfänglich dem Minister des Innern ergeben, neuerdings sich indessen zum Vertheidiger der liberalen Union unter Posada Herrera's Führerschaft aufwirft, täglich stärker. Vor Kurzem brachte dasselbe ein förmliches Programm dieser wieder auferstehenden Partei, was in so fern von Bedeutung ist, als der Präsident der Cortes Einstuß genug besitzt, um bei einer Schwankung Canovas' nach rechts die liberalen Abgeordneten der Kammer um sich zu schaaren. Danach soll die liberale Union von 1876 bestehen erstens aus liberalen Moderados, zweitens aus den früheren Unionisten, drittens aus Abtrünnigen von der constitutionellen Partei, viertens aus der Fraktion Illoa. Sie hält fest an der Verfassung von 1876, verträgt Aufhebung der Dictatur, Pressefreiheit, vollständige religiöse Duldung, Ordnung des Finanzwesens, Wiederaufnahme der öffentlichen Bauten, Reorganisation des Heeres und der Flotte, Revision der Handelsverträge und der Zolltarife, kurz, alles, was Spanien seit O'Donnell so sehr vermied hat. Diese Kundgebung hat um so mehr Aufsehen erregt, je näher sich die Moderados dem Ziele wähnen. Wem wird die Zukunft gehören? — Heute Mittag um 12 Uhr begibt sich der Richter erster Instanz des Tribunals von Cadiz nach dem Fort Catalina zu Herrn Marfori, um demselben den unehrerbietigen Brief, welchen er an den Gouverneur von Granada gerichtet hat vorzulegen und anzuhören, ob er sich als Verfasser desselben bekannte. Nach Erfüllung dieser Form dürfte der Ex-Minister in das dortige Stadtgefängnis wandern und seiner Verurtheilung entgegensehen. Nach dem spanischen Gesetze kann ihm für dieses Vergehen eine Zuchthausstrafe bis zu sechs Jahren zu Theil werden.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 31. August. Angelkommen: Se. Excellenz von Selchow, Generalleutnant, n. Fr. a. Wiesbaden. (Fremdenbl.) * [Enthüllung.] Mantheilt uns mit, daß die gelegentlich des Jubiläums des kommandirenden Generals von Kirchbach von der Stadt Neumarkt, seinem Geburtsorte, bei dem Bildhauer Steiner zu Berlin bestellte Porträt-Büste zu Neumarkt am Sedantage feierlich enthüllt werden wird.

s. Waldenburg, 29. August. [Vom Kreistage.] Zufolge der Beschlüsse, welche in der am 23. d. M. abgehaltenen Kreistagsitzung in Bezug auf die Ergänzung des Kreistages in Gemäßheit der §§ 107 und 112 der Kreisordnung gefaßt worden sind, besteht der Kreistag für die Zukunft aus 41 Abgeordneten, von welchen auf den Wahlverband der Städte 7 Abgeordnete, der Großgrundbesitzer und Landgemeinden je 17 Abgeordnete entfallen. Die Bildung der Wahlbezirke der Landgemeinden und die Vertheilung der 17 Abgeordneten auf die einzelnen Bezirke ist nach Maßgabe

des von dem Kreisausschuß vorgelegten Tableaus, welches 13 Wahlbezirke enthält, genehmigt worden. Die auf den Wahlverband der Städte entfallenden 7 Abgeordneten sind seitens des Kreistages auf die einzelnen Städte verteilt worden, daß Waldenburg durch 4, Gottesberg durch 2, Friedland durch einen Abgeordneten verteilt werden. Aus den Wahlverbanden der größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden wurde je acht, aus dem Wahlverband der Städte vier Abgeordnete ausgelost. Die durch den Kreistag getroffenen Vertheilungen und Feststellungen, sowie das Tableau der Wahlbezirke für die Landgemeinden sind für die Dauer von 12 Jahren maßgebend.

○ Altwasser, 30. August. [Der hiesige katholische Pfarrer Ritter verweigerte bei dem heut stattgehabten Begräbnis des Großbesitzers L., eines allgemein geachteten Mannes, den Segen und die Leichenrede, angeblich weil der Verstorbene die Kirche zu wenig besucht und die letzte Delung nicht begeht habe. — Die Beerdigung fand unter angemessener Feierlichkeit und zahlreicher Beteiligung statt.

— r. Namslau, 30. Aug. [50jähriges Amts-Jubiläum. — General-Lehrer-Conferenz. — Brandstiftung. — Viehmarkt.] Am 1. September d. J. feiert der Lehrer und Organist Herr Carl Spennier zu Pontivis sein 50jähriges Amts-Jubiläum. Derselbe wurde zu Rudelsdorf im Kreise Polnisch-Wartenberg geboren, besuchte das evangelische Schullehrer-Seminar zu Breslau unter Director Hennrich, verwaltete sein erstes Schul-Amt zu Althammer im Kreise Brieg, von wo er nach kurzer Zeit in sein jetziges Doppelamt berufen wurde, in dem er bis zum heutigen Tage in Segen wirkte. Auf Wunsch seiner Schulgemeinde und Collegen soll der Tag feierlich begangen werden und zwar soll die Feier früh um 9 Uhr mit einem kirchlichen Acte beginnen und mit einem gemeinschaftlichen Mahle schließen.

— Die diesjährige General-Lehrer-Conferenz für den Schulkreis Namslau-Brieg findet Donnerstag, den 21. September, Vormittag 10 Uhr, im Saale des evangelischen Schulhauses zu Namslau unter Vorsitz des commiss. Kreis-Schul-Inspector Herrn Fenzler statt. — Gestern gegen Abend verjüngte ein bereits mehrfach bestrafter Bursche, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen worden ist, im bischen alten Schützenhaus, das sich gegenwärtig im Besitz des Hotelbesitzers A. Grimm befindet, Feuer anlegten. Glücklicherweise wurde er dabei ergriffen und so das Bubenstück bereitete. Voranschließend wird der jugendliche Bösewicht der wohlberdienten Strafe nicht entgehen, da die Angelegenheit fogleich zur Kenntnis der Polizeibehörde gebracht wurde. Die kleine Abzugszahlung, welche er auf früher That erhalten haben soll, ist ihm jedenfalls recht dienlich gewesen. Auch in Winzisch-Marchwitz, hiesigen Kreises, wurde am vorigen Sonnabend im Gasthause des Sabbath'schen Gasthauses eine böswillige Brandstiftung entdeckt. Leider ist aber der Brandstifter dort nicht zu ermitteln gewesen. — Nach amtlichen Ermittlungen waren auf dem am 28. d. Mts. hier abgehaltenen Viehmarkt zum Verlauf gestellt: 560 Pferde, 200 Ochsen, 520 Kühe, 1200 Stück Schwarzwild, 5150 Schaf und 20 Ziegen.

r. Loslau, 28. August. [Verschiedenes.] Vorige Woche erzählte man sich hier eine mysteriöse Geschichte, die in ihrem geschätzten Blatte schon Aufnahme gefunden. Der frante Schuhmader wurde heute feierlich beerdigten. Die dargebotene scheinbare Hilfe also kam zu spät. Am Sonnabend hatten die städtischen Lehrer eine Special-Conferenz, bei welcher Lehrer Schäfer eine umfassende Arbeit über Lessing's „Minna von Barnhelm“ zum Vortrag brachte. Die Ausführungen darüber waren gut, die Sprache durchweg gewandt. Mit Interesse folgten die Zuhörer dem Vortrage. Lehrer Kroska übernahm für nächste Conferenz „Charakteristik von Tellheim und Minna“ und Lehrer Nowak einen Vortrag über Schiller's „Wilhelm Tell“ in Aussicht. — Herr Kreisrichter Leibnitz ist bereits nach Alt-Landsberg abgegangen und soll als dritter Richter ein Gerichts-Assessor von dem Kreisgericht Ratibor nach hier designiert sein.

[Notizen aus der Provinz.] * Leobschütz. Dem „Beuth. Stadtbl.“ wird von hier gemeldet: Zufolge der letzten starken Regengüsse und einer mit ihnen im Zusammenhange stehenden Überschwemmung hat sich die Durchlüftungsöffnung auf der Eisenbahntrecke Leobschütz-Kaßelwitz gesenkt und ist dadurch die Einstellung des Betriebes zwischen beiden Orten notwendig geworden. Dieselbe dürfte eine längere Zeit andauern, da die Schienen größtentheils verschüttet sind.

+ Wüstewaltersdorf. Der „Grenzbote“ meldet: Ein seltener, schöner Festtag brach am Morgen des 26. d. M. für die Gemeinde Heinrichswitz, biegsigen Kreises, an. Ihr würdiger Lehrer Herr Ernst Dach feierte sein goldenes Amts-Jubiläum. Den Weg vom Festsaal in der Brauerei bis zur Schule bezeichneten Ehrenpforten und Flaggen. Um 1/10 Uhr formierte sich der Festzug bei der Brauerei, voran die Schuljugend, hinter ihr weißgelockte bekränzte Jungfrauen, an deren Spitze eine der schmucksten auf seidenen Röcken elnen goldenen Krantz trug. Den Jungfrauen folgten die Träger des von der Gemeinde für den Jubilar bestimmten Sessels, zu beiden Seiten wiederum weißgelockte Mädchen mit Blumengewinden. Hierauf auswärts der Festgenossen: der Geistliche, die Lehrer des Kirchspiels, zuletzt die Vorsteher der Gemeinde und der Schule und Gemeindeglieder. — Unter den heiteren Klängen eines Marsches bewegte sich der so geordnete Festzug nach der Schule, welche am Eingange und im Innern ebenfalls mit Laub- und Blumengewinden reich geschmückt war. Vor der Eingangspforte empfing der Jubilar, in Mitten seiner Angehörigen und Verwandten die jubelnde Schaar der Heranziehenden. Es fanden zunächst Beglückwünschungen statt, worauf die Übereichung des Sessels unter Vortrag eines passenden Gedichtes erfolgte. — Der Jubilar war sichtbar gerührt und dankte mit herzlichen Worten. Nun begann der erste Theil der Feier. Sämtliche Festgenossen, voran der Jubilar, seine Gattin, Kinder, Freunde und Collegen begaben sich in das freundliche, herlich gesetzte Schulzimmer. Der Jubilar wurde zum Jubilar unter Verlängerung von Wörtern Allerhöchster und höchster Anerkennung den ihm von Sr. Majestät unserem Kaiser und König Allergräßigst verliehenen Adler zum hohenzollerschen Hausorden. Herr Pastor Reimann aus Wüstewaltersdorf, der früher langjährige Revisor des Jubilars, jagte hierauf dem Jubilar ebenfalls schöne Worte der Anerkennung. Von Seiten der anwesenden Collegen des Jubelkreises erfolgte nun die Übereichung einer goldenen Uhr an denselben mit dem Wunsche: sie möge ihm noch recht viele und glückliche Stunden zeigen. Hieran reihte sich noch die Übergabe von herrlichen Blumen-Büxen mit reizenden Sträußen, welche ihm seine Schüler darreichten. Der Vers: „Nun danket alle Gott“ bildete den Schluss dieses Theils der Feier. Nachmittag um 2 Uhr fanden sich die Festgenossen im Saale der Brauerei ein, wo an reichbeseckter Tafel ernste und heitere Toastkunst-Gesänge angenehm abwechselten.

△ Schwednitz. Das hiesige Stadtblatt meldet: In der am 30. August abgehaltenen außerordentlichen Stadtoberndienst-Sitzung wurde der Antrag des Magistrats auf Bewilligung von 900 Mtl. zur Feier des Sedantages nach fast einstündigem Debatte in namhafter Abstimmung mit 21 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Bölkewitz. Wie der „Sch. Schulz.“ geschrieben wird, wurde in der am 26. d. Mts. hier abgehaltenen Verzählung der liberalen Vertrauensmänner beschlossen, als Candidaten für den nächsten Landtag aufzustellen: 1. den bisherigen Abgeordneten Lehrer Kiesel-Breslau, 2. den Mühlensießer Seifert-Studendorf.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Wien, 30. August. Sicherem Vernehmen nach suchte Fürst Nikita schon vor vier Tagen die Mediation des hiesigen russischen Cabinets Behufs Einleitung von Friedensunterhandlungen nach. — Andrassy ist heute in Bistlersdorf eingetroffen.

Nom, 29. August. Die Eröffnung der Eisenbahnstrecke Vicenza-Schio-Tiene fand heute statt. Der Kronprinz Humbert wohnte der selben bei.

London, 30. August. Die telegraphische Verbindung mit Rio de Janeiro ist wieder hergestellt.

London, 30. August. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Belgrad vom heutigen Tage: Man glaube dort, daß die Pforte den Vorschlag zu einem Waffenstillstand nicht acceptiren werde; die Stimmung der Bevölkerung sei andauernd kriegerisch. Eine montenegrinische Legion ist in der Bildung begriffen.

[Die tabellarische Übersicht der Wochenausweise der deutschen Zeitungen] vom 23. August ergibt folgende summarische Daten: Es betrug der gesammte Kassenbestand der 19 Institute der Tabelle 737,714,000 M.

zogen die Vorwoche + 27,000 Ml.; der Wechselbestand von 682,198,000 Ml. hat sich gegen die Vorwoche um 4,408,000 Ml. vermindert, zugleich haben die Lombardforderungen mit 90,644,000 Ml. um 1,184,000 Ml. und der Notenumlauf mit 872,399,000 Ml. um 8,999,000 Ml. abgenommen, während die täglichen fälligen Verbindlichkeiten im Betrage von 259,172,000 Ml. eine Zunahme von 72,000 Ml. und die an einer Kündigungsschreit gebundenen Verbindlichkeiten in Höhe von 147,634,000 Ml. eine Söde von 825,000 Ml. konstatiren.

Berliner Börse vom 30. August 1876.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.
Consolidirte Anleihe	104,90 bzG
do. do. 1876	97,20 bz
Staats-Anleihe	97,20 bz
Staats-Schuldscheine	94,20 bz
Praum.-Anleihe v. 1855	135,50 G
Berliner Stadt-Oblig.	102 bzG
Pommersche	102,75 bz
Berliner	84,90 M
Posenische neue	95,20 M
Kurh.-Neumark	86,25 B
Sachsenische	97,50 M
Kur. u. Neumark	97,30 bz
Pommersche	96,70 M
Preussische	96,75 B
Westr. u. Rhein.	97,75 G
Sächsische	97,25 bz
Sächsische	97,25 bz
Badische Präm.-Anl.	119 bz
Baierische 4% Anleihe	121,25 B
Cöln-Mind.-Prämien	109,25 G
Kurh. 40 Thaler-Loose	250 G
Badische 35 Fl.-Loose	139,30 G
Braunschw. Präm.-Anleihe	84,10 bzG
Oldenburger Loose	134,90 bz
Ducaten 9,63 G	Fremd. Bkn. —
Sover. 20,40 bzG	einf. Leip. —
Napoleons 16,30 tz	Oest. Bkn. 169,15 bz
Imperials 16,66 b	Russ. Bkn. 268,60 bz
Dollars 4,18 G	

Hypotheken-Certifikate.

	Credit 234, Lombarden 125% Br., Franzosen 473%, Reichsbank 156%, Disconto-Commandit 112, Darmunder Union 840, Laurahütte 64%, Cöln-Mindener 104%, Rheinische 116%, Bergische 82%, Rumänen 16%, Türken 11%.
Kruppsche Partial-Obl.	1102,50 G
Unkb. Pfd. d.Pr.Hyp.B.	99 bzG
do. do.	100,30 bzG
Deutsche Hyp.-Pfd.	95,75 bzG
do. do.	101 bzG
Kinderl. Cent.-Bod. Cr.	100,40 bz
Unkundi. do. (1872)	101,75 bzG
do. rückz. a. 110	107 bz
do. do.	108,90 bz
Unk. H.d.Pf.Bd.Crd.B.	—
do. III. Em. do.	102,90 bzG
Kunib.Hyp.Schuld.	100 bz
Hyp.-Anth.Nord.G.-C.	101,50 bzG
do. Pfandbr.	101,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	103,25 G
do. do. II. Em.	102,50 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	109,10 bz
do. do. II. Em.	107,20 B
do. do. m. 110	102,25 bz
do. 4% do. do. 110	96 bz
Meiningens Präm.-Pfd.	103 B
Oest. Silberpfandb.	—
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	—
Pföb.d.Oest.Bd.-Cr.-G.	—
Schles. Bodener-Pföb.	100 G
do. do.	93 B
Süda. Bod.-Cred.-Pfd.	102,10 G
do. do. 4% 4%	98 G
Wien. Silberpfandb.	—

Ausländische Fonds.

	15,10 bz
Oest. Silberrente	15,10 bz
(C. h. 1. u. 1.4.1.-1.10.)	1.10.15 bz
do. Papierrente	15,10 bz
(C. h. 1. u. 1.4.1.-1.11.)	1.11.15 bz
do. 54er Präm.-Anl.	97,75 B
do. Lott.-Anl. v. 60	102 bz
do. Credit-Loose	303,23 G
do. 6er Loose	269 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	169,23 bz
do. do. 1886	168,24 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	85,30 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-G.	87,50 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	84,50 G
Poln. Pfandb. III. Em.	70,75 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	68,70 etbz
Amerik. Rückz. p. 1881	103,60 bz
do. do. 1888	109,90 bzG
do. 5% Anleihe	102,80 bzG
Französische Rente	—
Ital. neu 5% Anleihe	74,10 G
Ital. Tabak-Oblig.	102,99 bzG
Kaaf-Grazer 100 Thlr.	70 bzG
Rumänische Anleihe	97 bz
Türkische Anleihe	12,25 bzB
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl	70,90 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	39 G
Türken-Loose	28,10 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Bank-Papiere.

	Allg.Deut.Hand.-G. 5	5	15	76 bz
Anglo Deutscb.Bk.	3	3	49 B	
Berl. Kassens-Ver.	191/5	17,7	4	182 B
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	77,75 bz
do. Prod.-G. Hds. B.	101/2	9/2	4	80,30 G
Braunschw. Bank	7/2	6/2	4	93,75 B
Bresl. Disc.-Bank	2	2	4	68 bz
Bresl. Maklerbank	0	0	4	—
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	—
Bresl. Wechslerb.	3/2	4	4	73 G
Coburg. Cred.-Bk.	6	2/2	4	66,50 bz
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	118 G
Darmst. Creditb. 10	6	4	106,50 bzG	
Darmst. Zettellb. 6 1/2	5 1/2	4	94,75 G	
Deutsche Bank	5	3	4	79,75 G
do. Reichsbank	—	—	4/2	156,23 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	112,50 bz
do. ult. 12	7	4	112,25-12,50 bz	
Genossensch. Bk. 6	5 1/2	4	92,75 G	
Gwb. Schuster. C. 9	0	0	4	7 bzG
Goth. Gründerehd. 9	8	4	106,50 bzG	
Hamb. Vereins-B. 111/0	94/4	9/4	117 bz	
Hannov. Bank	6 1/2	97/5	4	103,50 bzG
Königsb. Ver. Bank	5 1/2	4	86,90 G	
Ludw.-B. Kwiecki	6 1/2	4	61 G	
Leipz. Cred.-Ainst. 9/2	7	4	108,25 G	
Luxemburg. Bank 9	6 1/2	4	89,50 G	
Magdeburg. do. 5/2	4	106 B		
Meiningen. do. 4	3	4	76,75 G	
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	19 B
Nordd. Bank	10	6 1/2	128 bz	
Nordd. Gründ. B. 9/2	9	4	97 G	
Oberlausterz. Bk. 0	2	4	47 B	
Oest. Cred.-Actien 6%	5	4	234-34,50	
Posner Prov.-Bank 6	2 1/2	4	101 bzG	
Pr. Bod.-Cr.-Act. B. 8	8	4	97 bz	
Pr. Cent.-Bod.-Crd. 9/2	9 1/2	4	117,20 bz	
Pr. Cred.-Act. 6%	5	4	234-34,50	
Pr. Disc.-Comm. 10/2	10	4	120,40 B	
Sachs. Bank	5 1/2	4	99,80 G	
Schl. Bank-Verein 5	5	4	85,50 G	
Schl. Vereins-B. 5	5	4	89,25 G	
Thüringer. Bk. 6	5	4	67,25 bzG	
Weimar. Bank	5 1/2	4	50 bzG	
Wiener Unions	5	29/4	96 B	

In Liquidation.

	Berliner Bank	0	—	fr. 87,50 G
do. C.	4 1/2	—	fr.	84,10 G
do. D.	4	—	fr.	6 B
do. E.	3 1/2	—	fr.	—
do. F.	4 1/2	—	fr.	95 G
do. G.	4 1/2	—	fr.	78 G
do. H.	4 1/2	—	fr.	91,50 bzG
do. von 1869	103,40 B	5	—	
do. von 1873	91,25 B	5	—	
do. von 1874	99 B	5	—	
Brig.-Kneissc. 1/2	—	—	fr.	—
do. Cosei-Oderb. 4	—	—	fr.	—
do. do. 5	103,75 bzG	—	—	
do. do. II. Em. 4 1/2	98,50 bzG	—	—	
do. do. III. Em. 4 1/2	98,50 bzG	—	—	
do. Ndrsls. Zwsg. 3 1/2	—	—	fr.	